



DEN ISRAELISCH-PALÄSTINENSISCHEN KONFLIKT IM UNTERRICHT THEMATISIEREN¹ - Amnesty International

Aktualisiert am 10. November 2023

<p>BETROFFENE THEMENBEREICHE / ARTIKEL DER ALLGEMEINEN ERKLÄRUNG DER MENSCHENRECHTE Humanitäres Völkerrecht (Kriegsrecht)</p>	<p>ZIELE Jeder Schülerin und jedem Schüler ermöglichen:</p> <ul style="list-style-type: none">• die verschiedenen Fakten zu analysieren, die dem israelisch-palästinensischen Konflikt zugrunde liegen;• sich eine eigene Meinung zu den Fragen zu bilden, die durch den israelisch-palästinensischen Konflikt aufgeworfen werden;• die verschiedenen Standpunkte zu diesem Thema zu erfassen.	<p>METHODOLOGIE</p> <ul style="list-style-type: none">• Arbeit in Untergruppe• Analyse von Texten• Mündlicher Ausdruck• Debatte
<p>LEVEL Stufe 2 und 3 des Sekundarunterrichtes</p>	<p>MATERIAL</p> <ul style="list-style-type: none">• Dokumentarischer Anhang zum Ausdrucken in ausreichender Anzahl für jede Untergruppe	
<p>DAUER ca. 50 Minuten ca. 4 Unterrichtsstunden für die Variante der Fachberatung politisch- demokratische Bildung</p>		

¹ Übersetzung des Unterrichtsmaterial: "Evoquer le conflit israélo-palestinien en classe " – Amnesty International - <https://jeunes.amnesty.be/jeunes/profs/actualites/fichepedagogique-itop> ergänzt (Siehe Aktivitäten) durch die Fachberatung politisch-demokratischen Bildung der Autonomen Hochschule Ostbelgien



Inhalt

Dieses Arbeitsblatt besteht aus vier Teilen.

- Eine Warnung
- Ein Vowort
- Vorschläge für den Ablauf der Aktivität
- Ein dokumentarischer Anhang

Warnung

Der israelisch-palästinensische Konflikt hat mittlerweile eine lange Geschichte, die voller objektiv schockierender Ereignisse ist. Die Suche nach mildernden oder erschwerenden Umständen für die Täter führt in vielen Fällen zu einer Polarisierung der Meinungen, als ob die Sensibilität für die Argumente der einen Seite das Verständnis für die Argumente der anderen Seite verhindern würde.

Tatsache ist, dass die öffentliche Meinung zu einem Thema stark polarisiert ist, das angesichts der Schwere der Menschenrechtsverletzungen, die in dieser Region begangen werden, und aufgrund der historischen Belastung Europas durch den Holocaust stark emotional aufgeladen ist.

Die Absicht von Amnesty International ist es, eine möglichst objektive Interpretation des Konflikts zu bieten, um Lehrerinnen und Lehrer bei der Behandlung des Themas im Unterricht zu unterstützen. Es geht nicht darum, sich für eine Seite zu entscheiden, sondern darum, sich eine eigene Meinung zu bilden, indem man sich bemüht, die verschiedenen Standpunkte zu diesem Thema zu verstehen.

Vorwort

1. Der israelisch-palästinensische Konflikt ist emotional aufgeladen. Je nach den Umständen kann man Trauer, Wut, Angst oder Hilflosigkeit empfinden. Es gab Zeiten, in denen man Freude empfand, vor allem, wenn man dachte, der Frieden sei in trockenen Tüchern, aber das ist in diesem Herbst 2023 weit weniger der Fall. Die Schülerinnen und Schüler können diese Gefühle je nach dem, was in der Familie erlebt wird und was sie über soziale Netzwerke erfahren, empfinden. Die erste Priorität der Lehrkraft ist der Umgang mit diesen Emotionen. Wenn sie zu intensiv sind, um einen Rückzug möglich zu machen, müssen sie zuerst zum Ausdruck gebracht werden. Nur so ist eine Weiterarbeit möglich.



Achten Sie darauf, dass dieser Umgang mit Emotionen es ermöglicht, diese auszudrücken, zu beruhigen und die für eine weitere Arbeit erforderliche Gelassenheit zurückzugewinnen. Es geht darum, die Ansteckung und das Aufflammen von Emotionen zu vermeiden.

2. Der israelisch-palästinensische Konflikt ist eine Gelegenheit - wie im Grunde jedes Ereignis -, den Verlauf unserer Existenz aus der Distanz zu betrachten und über die Werte nachzudenken, die unseren Gesellschaften zugrunde liegen, und zwar meist implizit. Sich der Grundsätze bewusst zu werden, die das Leben einer Gesellschaft bestimmen, bedeutet, sie zu erkennen, sich anzueignen, sie abzuwägen und frei über seine persönliche Haltung ihnen gegenüber zu entscheiden. Die Zustimmung, wenn es denn eine gibt, ist dann bewusst und aufgeklärt.

Dieses Ziel wird mit den Arbeitsblättern Questions vives (www.questionsvives.be) verfolgt. Eine dieser Karten befasst sich mit den jüngsten Ereignissen im israelisch-palästinensischen Konflikt.

3. Der Zweck dieses Dokuments ist es, das Verständnis (i) der Fakten im Zeitverlauf und (ii) der Standpunkte der verschiedenen Parteien zu fördern.

4. Jede Lehrerin und jeder Lehrer ist aufgefordert, sich das vorliegende Konzept im Rahmen der verfügbaren Zeit frei anzueignen und es an das Alter der Schülerinnen und Schüler und die Merkmale ihrer Gruppe anzupassen.

ABLAUF

Im Folgenden finden Sie **zwei Vorschläge für eine Aktivität**. Der erste Vorschlag wurde Pädagogen vorgelegt und stieß bei einigen auf Begeisterung, während andere es für unmöglich hielten, dass einige ihrer Schüler, die sich sehr für eine Seite einsetzen, bereit wären, in die Rolle der anderen Seite zu schlüpfen - und sei es auch nur im Rahmen einer spekulativen Übung. In diesem Fall besteht die Gefahr, dass die gesamte Unterrichtszeit mit Debatten verschwendet wird, die sich nicht um den israelisch-palästinensischen Konflikt drehen, sondern um die Frage, ob die radikale Unterstützung einer Sache den Versuch verbietet, andere Standpunkte zu verstehen.

Hier finden Sie also zwei verschiedene Vorschläge. **Jede Lehrkraft muss ihre eigene Wahl treffen und kann diese nach Belieben anpassen.**

Im Anschluss entdecken Sie eine **alternative Version** mit dem Titel "Debatte Israel – Palästina - Vorschlag für eine Unterrichtsaktivität". Diese wurde von der Fachberatung politisch-demokratischen Bildung der Autonomen Hochschule Ostbelgien erarbeitet und stellt eine **dritte Aktivitätsoption** dar.



AKTIVITÄT 1

- Die Gruppe wird nach dem Zufallsprinzip in Untergruppen von etwa vier oder fünf Schülern aufgeteilt.
- Gruppe A ist für die Verteidigung der Interessen der israelischen Bevölkerung zuständig. Gruppe B ist für die Verteidigung der Interessen der palästinensischen Bevölkerung zuständig. Die Gruppen C und D (und eventuell E, F usw.) sind für das Vorschlagen von Ideen zur Lösung des Konflikts zuständig.
- Die Gruppen A und B stellen sich links und rechts nicht weit von der Tafel entfernt auf. Die Gruppen C und D (und eventuell E) befinden sich weiter hinten im Raum.
- In einem ersten Schritt (ca. 20 Minuten) machen sich die Gruppen mit den Informationsquellen² vertraut. Die Gruppen A und B machen sich gut mit den Zielen vertraut, die sie mit ihrem Lager anstreben, und versuchen, diese neu zu formulieren und in einem Satz zusammenzufassen. Die Gruppen C und D bemühen sich, sich eine Lösung für das Problem auszudenken.
- Nach dieser Vorbereitungszeit kommen die Mitglieder der Gruppe C an die Tafel und stellen ihren Friedensplan vor. Nachdem dies geschehen ist, gibt man den Gruppen A und B fünf Minuten Zeit, um sich auf eine Antwort zu einigen. Dies kann ein bedingungsloses Ja, ein definitives Nein oder ein bedingtes Ja sein. Anschließend ergreifen die Gruppen A und B das Wort, um ihre Meinung zum Basisvorschlag von Gruppe C zu äußern. Wenn eine Gruppe (A und/oder B) Einwände formuliert hat, wird die

² Das zusätzliche Informationsmaterial bietet Ressourcen, darunter einen Text zur Vorstellung wichtiger Elemente des israelisch-palästinensischen Konflikts. Ist er zu lang? Es obliegt dem Lehrer oder der Lehrerin, dies zu beurteilen und ihn gegebenenfalls entsprechend den Fähigkeiten seiner Schülerinnen und Schüler zusammenzufassen oder zu kürzen.

Die Schülerinnen und Schüler können mithilfe des Links

<https://dossiers.kleinezeitung.at/nahost-konflikt/> den Konflikt anhand von Karten nachverfolgen.



andere Gruppe gefragt, ob sie damit einverstanden sein könnte, diesen Einwänden zu begegnen.

- Anschließend beginnen wir erneut mit Gruppe D.
- Die Lehrkraft schließt die Einheit mit der Bemerkung ab, dass die Übung dazu beigetragen hat, sich in die Rolle einer Konfliktpartei zu versetzen und die Schwierigkeit zu berühren, die es gibt, die Parteien aufeinander abzustimmen.

AKTIVITÄT 2

In Klassen, in denen die Schülerinnen und Schüler für eine Seite Partei ergriffen haben und es nicht mehr vorstellbar ist, sie zu bitten, sich zu dezentrieren, indem sie - wenn auch nur theoretisch, als Übung - den Standpunkt der anderen Seite einnehmen, können einige Gruppen von 4 bis 6 Schülerinnen und Schülern gebildet werden.

Jede Gruppe nimmt die Elemente des dokumentarischen Anhangs zur Kenntnis, den die Lehrkraft nach eigenem Ermessen ausgewählt hat. Anschließend versucht sie, folgende Frage zu beantworten: *"Wenn unsere Gruppe eine Art allmächtiger aufgeklärter Despot wäre, d. h. eine Instanz, die alle Macht hat, sich aber bemüht, Entscheidungen zu treffen, die den Erwartungen der gesamten Weltbevölkerung entsprechen, welche Bestimmung würde sie oder er im Nahen Osten durchsetzen?"*.

Nach einer 15-minütigen Diskussion legt jede Gruppe nacheinander ihre Entscheidung dar und die gesamte Klasse ermittelt die möglichen Vor- und Nachteile dieser Lösung und die Hindernisse, die sich ergeben würden, wenn sie tatsächlich umgesetzt werden müsste.



AKTIVITÄT 3

Debatte Israel - Palästina

Vorschlag für eine Unterrichtsaktivität

- Dauer: 4x50 Minuten
- Stufe: 2. und 3. Sekundarstufe
- Kurse: Geschichte, Ethik/Religion, Deutsch, Sozialwissenschaften

Das von Amnesty International angebotene Modul (übersetzt und ergänzt von der "Fachberatung politisch-demokratische Bildung" der AHS) soll die Debatte und das Aussprechen von Lösungen für den Frieden im Nahen Osten anregen.

Einige Lehrkräfte mögen der Meinung sein, dass das vorgeschlagene Format in einer Klasse kaum umsetzbar ist, da es nicht ausreichend Zeit vorsieht, um ein Dossier mit vielen, oft komplexen Quellen zu verarbeiten, die zusätzliche Erklärungen erfordern.

Um dieser Kritik zu begegnen und um die Anpassung des Vorgehens zu erleichtern, bietet die "Fachberatung politisch-demokratische Bildung" hier eine **Variante dieses Moduls** an.

Diese Variante dauert zwar länger (es sind 4 Unterrichtsstunden einzuplanen), vereinfacht jedoch die Anweisungen an die Schüler und Schülerinnen sowie den Ablauf der Übung, da nur noch zwei Gruppen zu betreuen hat.

Zusätzlich hat dieses Format den Vorteil, dass es bereits im Rahmen eines Geschichtsunterrichts in der 3. Sekundarstufe positiv getestet wurde.

Die Hauptidee besteht auch hier darin, Friedensverhandlungen zwischen den beiden Kriegsparteien zu simulieren. Jede Partei wird dazu aufgefordert, ihre Sicht des Konflikts und ihre Argumente darzulegen, um in Richtung Lösungen voranzukommen.



Ein wichtiger Hinweis: Die in den Anweisungen vorgeschlagenen Argumente dienen lediglich als Anregung. Andere Vorschläge sind selbstverständlich willkommen.

Zudem ist es von großer Bedeutung, dass die Schülerinnen und Schüler am Ende der Übung die Relevanz der einzelnen Argumentkategorien unterscheiden können. Nur juristische Argumente, die sich auf das Völkerrecht beziehen, sind zulässig, im Gegensatz zu historischen und religiösen Argumenten, die äußerst brisant sind und endlose Debatten auslösen können.

Mit der Durchführung dieser fiktiven Friedensverhandlungen sollen die Schülerinnen und Schüler versuchen, kreative Lösungen für den Konflikt zu finden. Dies soll das Verständnis für die Standpunkte und Interessen der beiden Kriegsparteien fördern.

Der Ablauf gestaltet sich folgendermaßen:



Thema	Inhalt	Dauer	Ressourcen
Einführung in den israelisch-palästinensischen Konflikt	Einführende Lektion über die Ursprünge des Konflikts	50'	https://dossiers.kleinezeitung.at/nahost-konflikt/
Einteilung der Gruppen	Die Schülerinnen und Schüler werden per Los in zwei Gruppen eingeteilt: zwei Delegationen, die Israel und Palästina vor der UNO-Generalversammlung in New York vertreten werden.		
Verteilung der Anweisungen und des Dossiers für die Recherchearbeit	Die wichtigste Anweisung für jede Gruppe besteht darin, 4-5 Argumente vorzubereiten. Jede Gruppe wird sie abwechselnd vortragen. Als Orientierungshilfe für die SuS können die beigefügte Liste mit Fragen und dem Vorschlag für Argumente benutzt werden (s. unten).		<ul style="list-style-type: none">• Liste der Fragen und Argumente• Dossier von Amnesty International

Recherchearbeit	Arbeit in der Mediothek, Vorbereitung der PPT- Präsentationen	50'	
Präsentation	Die beiden Gruppen präsentieren abwechselnd ihre Argumente und Lösungen (sie können dies im PowerPoint-Format tun). Nach der Präsentation jeder Gruppe ist Zeit für Fragen und Antworten vorgesehen.	50'	Die Unterrichtseinheit behandelt die UNO-Generalversammlung. Dabei besteht die Möglichkeit, ein Foto des Generalversammlungs saals in New York auf die Leinwand zu projizieren.
Debatte - "Stellungsspiel"	Die Lösungsvorschläge der beiden Gruppen werden von der Lehrkraft vorgelesen, die Schülerinnen und Schüler müssen sich je nach Grad der Zustimmung im Raum positionieren.	50'	Die Klasse wird in zwei Hälften geteilt. In der Mitte wird eine Linie gezogen und auf jeder Seite wird ein Schild mit der Aufschrift "einverstanden" "nicht einverstanden" aufgehängt.
Auswertung/Evaluation	Diskussionsrunde: Wie haben die SuS die Übung empfunden? Haben sie sich in ihrer Wahrnehmung des Konflikts weiterentwickelt, und insbesondere ein besseres Verständnis für die Sichtweise		



	der einzelnen Kriegsparteien entwickelt?		
--	--	--	--



Argumente Palästina

Aufgabe: Ergänzt diese Argumente, sucht nach genauen Quellen und Abbildungen für eure Präsentation.

- Rechtliche Argumente :
 - Das Völkerrecht verurteilt die Besetzung eines Gebiets durch einen anderen Staat.
 - Das internationale Recht verurteilt jede Form der Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft (Allgemeine Erklärung der Menschenrechte).
 - Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat mehr als dreißig Resolutionen hervorgebracht, in denen die Politik Israels verurteilt wird.

- Historische Argumente :
 - Palästina ist seit dem 7. Jahrhundert arabisch und muslimisch. Die Juden kamen mit der Einwanderung im 20. Jahrhundert: *"Wir waren vor euch da!"*.

- Religiöse Argumente :
 - Jerusalem ist eine heilige Stätte des Islam. Die große Mehrheit der Einwohner Palästinas ist seit Jahrhunderten Muslimisch.



Argumente Israel

Aufgabe: Ergänzt diese Argumente, sucht nach genauen Quellen und Abbildungen für eure Präsentation.

- Rechtliche Argumente :
 - Die meisten arabisch-muslimischen Staaten gestehen Israel kein Existenzrecht zu, obwohl das Land 1949 von den Vereinten Nationen anerkannt wurde.
 - Das Völkerrecht verurteilt Terrorismus und alle Angriffe, die absichtlich auf Zivilisten abzielen.
 - Terroristische Bewegungen wie der Hamas rufen zur Zerstörung Israels auf, doch die Israelis haben wie jedes andere Volk das Recht, in Sicherheit in ihrem Land zu leben.
- Historische Argumente :
 - Israel ist seit der Antike das Land der Juden. "*Wir waren schon lange vor euch da!*".
- Religiöse Argumente :
 - Jerusalem ist die wichtigste heilige Stätte des Judentums. In der Bibel gibt Gott den Juden dieses Land.



DOKUMENTARISCHER ANHANG

Dieser dokumentarische Anhang stützt sich auf verschiedene Quellen: Wikipedia, Artikel, die im Oktober 2023 in Le Soir, La Libre Belgique und RTBF erschienen sind, sowie die [Radiosendung](#), die Arnaud Ruysen dem Mord an Yitzhak Rabin gewidmet hat.

[Hier](#) findet sich auch ein Dokument von Le Monde, das, ergänzt durch Karten, die historische Entwicklung des Rechtsstreits nachvollziehbar macht.

Auch die Podcasts von France Culture sind interessante und zugängliche Quellen. [Hier](#) finden Sie die erste Episode. Am Ende der Seite finden Sie den Zugang zu den anderen.

Die Arte-Reihe "[Mit offenen Karten](#)" von Arte bietet sehr kurze Videos, die es ermöglichen, anhand von Karten die territorialen Herausforderungen gut zu erfassen.

DREI BEGRIFFE AUS DER ALTEN GEOGRAPHIE

Der Name Palästina ist sehr alt. Bevor man vom Staat Palästina sprach, bezeichnete er eine geografische Region mit ungenauen Umrissen, die sich im Laufe der Zeit verändert haben. Grob geschätzt wird es zwischen dem Mittelmeer im Westen, dem Fluss Jordan (hinter dem die Wüste liegt) im Osten, dem Sinai im Süden und Phönizien und dem Libanon im Norden eingegrenzt.

Ob nacheinander oder gleichzeitig, dieser Raum wurde von mehreren Völkern besiedelt.

Um die Bedeutung dieser Region zu verstehen, müssen Sie gleichzeitig zwei Übungen durchführen.

1. Sich daran erinnern, dass es lange bevor das Römische Reich die Welt beherrschte, zwei Zivilisationen gab, die eine außergewöhnliche Ausstrahlung und einen außergewöhnlichen Wohlstand hatten. Sie befanden sich zum einen in Ägypten entlang der Mündung des Nils und zum anderen in Mesopotamien.



2. Betrachten Sie die Karte des Nahen und Mittleren Ostens und stellen Sie fest, dass aufgrund des Roten Meeres und des Wüstencharakters der Arabischen Halbinsel die einzig mögliche Verbindung zwischen diesen Polen nur entlang des Mittelmeers durch das heutige Syrien und durch ... Palästina bestehen konnte.

Diese privilegierte geografische Lage hat dazu geführt, dass die Region Palästina seit Jahrtausenden bewohnt ist, aber auch und vor allem, da sie an einer wichtigen Straße liegt, die Anwesenheit und den Durchzug vieler Völker erlebt hat, die sich vermischt haben. Die Region erlebte die kanaanäische, hebräische, philistäische, assyrische, persische, griechische, römische, byzantinische, arabische, osmanische und britische Herrschaft.

JERUSALEM

Die wichtigste Stadt in dieser Region ist Jerusalem.

In Jerusalem wurde der Tempel Salomos errichtet (von den Römern zerstört), von dem eine Stützmauer (die immer noch steht) die berühmte Klagemauer ist. Dieser Ort ist das Allerheiligste, der heiligste Ort der jüdischen Religion.

In Jerusalem wurde Jesus Christus getötet und ist der christlichen Tradition zufolge wieder auferstanden. Da diese Auferstehung ein Grundpfeiler des christlichen Glaubens ist, ist die Bedeutung der Stadt für Christen aller Konfessionen verständlich.

Schließlich ist Jerusalem ein heiliger Ort im Islam, da Mohammed laut den Muslimen in einer wundersamen Nacht von Mekka zur "entferntesten der Moscheen" gebracht wurde. An diesem Ort - so die muslimische Tradition - stieg er ins Paradies auf: die Episode von Isra' (Nachtreise) und Mi'radsch (Aufstieg).

Die Bedeutung der Stadt für die drei großen monotheistischen Religionen und ihre geografische Lage erklären zu einem großen Teil, warum die Region begehrt war und mehrere Herrschaften erlebte.

Was die Sache nicht einfacher macht, ist die Tatsache, dass der Moscheeplatz (ein großer rechteckiger Raum, der heute unter anderem den berühmten Felsendom und die Al-Aqsa-Moschee umfasst) an der Stelle angelegt wurde (und die Gebäude errichtet wurden), an der sich einst der Tempel Salomos befand. Jüdische und muslimische Gläubige sollen sich also denselben heiligen Raum teilen.



Im Teilungsplan der Vereinten Nationen (siehe unten) war die Stadt Jerusalem in zwei Teile geteilt: Ein Teil wurde von Israel kontrolliert, während der östliche Teil, auf dem sich die heiligen Stätten befinden, von einer internationalen Instanz kontrolliert wurde. Im Jahr 1967, während des Sechstagekriegs, übernahm Israel die Kontrolle über Ostjerusalem und annektierte es später, ein Vorgehen, das von der internationalen Gemeinschaft nicht anerkannt wurde. Die Palästinenser beanspruchen Ostjerusalem als Hauptstadt ihres Staates. Wie die israelischen Behörden 1967 vorgeschlagen hatten, wird der Zugang zu Ostjordanien von Jordanien verwaltet, während Israel sich nur um Sicherheitsfragen kümmert.

Mit dieser Ausnahme wird Ostjerusalem de facto von Israel verwaltet. Viele Nationen und internationale Organisationen erkennen die israelische Souveränität über Ostjerusalem jedoch nicht an und betrachten diesen Teil der Stadt als Teil der besetzten palästinensischen Gebiete. Die Zukunft Ostjerusalems bleibt ein Verhandlungsthema in den Friedensgesprächen zwischen Israel und den Palästinensern... im Falle einer Wiederaufnahme dieser Gespräche.

DIE ALTEN ZEITEN

Es ist willkürlich, die Erzählung an einem bestimmten Datum statt an einem anderen zu beginnen. Wie bereits erwähnt, haben viele Reiche einander über einen sehr langen Zeitraum hinweg abgelöst. Sie haben ihre Spuren hinterlassen und es ergibt sich ein sehr komplexes Bild. Der Einfachheit halber und ohne dem zwangsläufig oberflächlichen Verständnis der Herausforderungen zu sehr zu schaden, beginnen wir die Erzählung im Jahr 324.

Unter byzantinischer Herrschaft von 324 bis 638 war Palästina christlich. Kalif Omar eroberte es im Jahr 638. Jerusalem wurde muslimisch, aber jüdische und christliche Menschen konnten weiterhin problemlos dort leben.

Palästina geriet 1096 mit den Kreuzzügen wieder unter christliche Kontrolle. Es folgten fast 150 Jahre Unruhen mit verschiedenen Angriffen und Gegenangriffen. Die muslimische Bevölkerung wird teils verfolgt, teils toleriert. Die jüdische Bevölkerung wird in der Regel gejagt.



Um 1250 steht Palästina unter türkischer Kontrolle. Dies dauert bis 1918. In dieser Zeit wurden arabische und jüdische Völker aufgenommen, die aus Europa vertrieben worden waren.

ZIONISMUS

Der Zionismus ist eine breite Strömung mit vielen Facetten. Es gibt unter anderem einen kommunistischen Zionismus, einen sozialistischen Zionismus und einen religiösen Zionismus. In dieser Beilage wird seine Mehrheitsversion vorgestellt.

Das jüdische Volk wurde oft gejagt, insbesondere von den Christen.

Die Dreyfus-Affäre zerrüttete Frankreich von 1894 bis 1906 und brachte den tief verwurzelten Antisemitismus³ in diesem Land ans Licht. Von 1880 bis 1905 wurde Russland von gewaltsamen Pogromen erschüttert, die von den zaristischen Behörden unterstützt wurden. Viele Juden flohen vor den Massakern und Plünderungen, die sich gegen sie richteten.

Angesichts dieser unsicheren Situation kam der Österreicher [Theodor Herzl](#) zu dem Schluss, dass das jüdische Volk niemals irgendwo sicher sein würde, wenn es nicht Herr über sein eigenes Land wäre. So rief er die zionistische Bewegung ins Leben, deren Ziel es war, ein gastfreundliches Gebiet ausfindig zu machen, in dem sich Juden und Jüdinnen niederlassen und einen Staat gründen konnten. Er dachte zunächst an Uganda, dann an Argentinien, kam aber zu dem Schluss, dass Palästina, die Wiege des jüdischen Volkes, am besten geeignet sei.

Noch sind es nur Gedanken, aber die Idee eines eigenen Territoriums spricht andere Juden und Jüdinnen an.

Die Verfolgung in den 1930er Jahren in Deutschland, der Holocaust während des Zweiten Weltkriegs, die mangelnde Reaktion der Alliierten auf den Völkermord und die Gleichgültigkeit der Siegermächte gegenüber

³ Der Antisemitismus ist eine feindselige Haltung gegenüber dem jüdischen Volk, die manchmal zu einer Lehre oder einer Bewegung wird, die Ausnahmemaßnahmen gegen Juden fordert. Die Tatsache, dass Israel sich als jüdischer Staat erklärt, bedeutet jedoch nicht zwangsläufig, dass jede Kritik am Staat Israel eine Form von Antisemitismus ist.



den Überlebenden der Lager verstärkten die Legitimität der zionistischen Bestrebungen.

Während Theodor Herzl davon ausging, dass das Bedürfnis nach Sicherheit an jedem beliebigen Ort verwirklicht werden könnte, entwickelte sich später eine andere Auffassung. Sie vertrat die Auffassung, dass sich das Gebiet Israels mindestens bis zum Jordan erstrecken und somit ganz Palästina umfassen sollte. Dabei stützt sie sich insbesondere auf Kapitel 15, Verse 18-21 des Buches Genesis, dem ersten Buch der Bibel: "An jenem Tag schloss der HERR einen Bund mit Abraham und sprach: "Dieses Land gebe ich deinen Nachkommen, vom Strom Ägyptens bis an den großen Strom, den Strom Euphrat: das Land der Keniter, Kenisiter, Kadmoniter, Hethiter, Perisiter, Rephaimiter, Amoriter, Kanaaniter, Girgasiter und Jebusiter." " Zionisten interpretieren dieses Versprechen Gottes an Abraham als biblische Rechtfertigung für die Errichtung eines jüdischen Staates, der sich über ein Gebiet vom Fluss Ägyptens (Nil) bis zum Fluss Euphrat erstrecken sollte, was auch das Gebiet um den Jordan einschließt. Diese Auslegung unterliegt verschiedenen religiösen, politischen und historischen Interpretationen und Kontroversen. Es scheint, dass die Ansichten über die geografische Reichweite dieser Verheißung innerhalb der verschiedenen jüdischen Gemeinschaften und religiösen und politischen Gruppen variieren.

Der Zionismus ist eine Meinung, die weder von allen Israelis noch von allen Menschen jüdischen Glaubens geteilt wird.

1942 verkündete [David ben Gurion](#) zum ersten Mal, dass das offizielle Ziel des Zionismus die Schaffung eines unabhängigen Staates sei.

IM 20. JAHRHUNDERT

Zu Beginn des 20^e Jahrhunderts stand Palästina also unter osmanischer Herrschaft.

Im Jahr 1915, während des Ersten Weltkriegs, diskutierten [Frankreich](#), [Großbritannien](#) und Russland darüber, wie die Grenzen nach dem Konflikt im Falle eines Sieges neu gezogen werden sollten. [So würde Belgien die heutigen Gebiete Burundi und Ruanda "erhalten", die zuvor deutsche Kolonien waren]. Angesichts seiner symbolischen Bedeutung für die drei



großen monotheistischen Religionen kommen sie zu dem Schluss, dass für Palästina eine Art internationaler Status reserviert werden sollte.

Im Jahr 1917 tobt ein teurer Krieg. Um Lord Rotschild, einem der reichsten Juden der Welt, zu gefallen und seine finanzielle Unterstützung zu erhalten, veröffentlichte der britische Außenminister [Lord Arthur Balfour](#) in der Times einige Zeilen, in denen er erklärte, dass die englische Regierung damit einverstanden sei, dass die Juden aus Osteuropa (die dort eine wahre Hölle durchleben) nach Palästina ziehen, in das Land Israel, wie es in der Bibel geschrieben steht. Einige Zeit nach der Balfour-Erklärung erklärte der Chef der englischen Truppen in der Region jedoch: "Palästina wird weder jüdisch noch arabisch sein, es wird englisch sein".

In den Jahren 1917 und 1918 besiegten die Briten die Osmanen und übernahmen im Auftrag des Völkerbundes (Vorläufer der UNO) die Kontrolle über Palästina. Was sollte mit diesem historisch von einer arabischen Mehrheit bewohnten Gebiet geschehen? Die arabische Bevölkerung wünscht sich den Anschluss Palästinas an das arabische Königreich Syrien, doch 1920 greift der Völkerbund in seinem Mandat, das er dem Vereinigten Königreich erteilt, die Idee auf, eine "nationale Heimstätte für das jüdische Volk", d. h. eine anerkannte jüdische Gemeinschaft, einzurichten. Es scheint, als hätten sich die Briten für die Juden und gegen die Mehrheit der Araber entschieden, die sich dort "zu Hause" fühlen. Es kommt zu Unruhen.

1921 erklärte eine christlich-islamische Delegation gegenüber Churchill: "Wenn die Zionisten nur als Gäste nach Palästina gekommen wären oder wenn die Dinge so geblieben wären, wie sie vor dem Krieg waren, gäbe es kein Problem zwischen Juden und Nichtjuden. Aber es ist die Idee eines Palästinas, das in eine nationale jüdische Heimstätte umgewandelt wird, die die Araber ablehnen und bekämpfen".

In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen bemühten sich die Briten, die jüdische Bevölkerung, die schon länger oder erst seit kurzem in Palästina lebte, und die arabische Bevölkerung, die sich überrannt fühlte, zu schonen. 1924 kam es in Palästina zu einer neuen Einwanderungswelle von Juden und Jüdinnen, die hauptsächlich aus Polen stammten. Die Briten beschließen 1930, die Einwanderung zu begrenzen, aber es wird eine illegale Einwanderung organisiert. 1933 kam Hitler in Deutschland an die Macht und die Bewegung verstärkte sich.

	Juden	Araber
1922	84 000 10 %	760 000 90 %
1931	175 000 17 %	880 000 83 %
1939	460 000 30 %	1 070 000 70 %

1937 schlugen die Briten eine Teilung des Gebiets vor. 15% davon für die Juden; der Rest für die Araber. Der Vorschlag wird von beiden Seiten abgelehnt.

1939 änderten die Briten ihre Meinung. Sie sahen vor, dass "nach Ablauf des Fünfjahreszeitraums keine jüdische Einwanderung mehr zugelassen wird, es sei denn, die Araber in Palästina sind bereit, dem zuzustimmen". Die britischen Behörden erklärten, dass sie Palästina nicht in einen jüdischen Staat verwandeln wollten, sondern es stattdessen vorzögen, dass sich schließlich ein unabhängiger Staat Palästina etablieren würde.

Während des Krieges 1941 zeigte der Großmufti von Jerusalem seine Sympathie für Hitler. Die Mehrheit der Palästinenser/innen und Araber/innen folgte ihm nicht, aber in London war man darüber nicht erfreut.

Ab 1944 verübten bewaffnete zionistische Gruppierungen Anschläge auf die Briten. Ihre Forderungen? Sie wollten die freie jüdische Auswanderung nach Palästina ermöglichen, um das demografische Kräfteverhältnis zu verändern, und die Gründung des geplanten einheitlichen palästinensischen Staates verhindern. Nach und nach kam ein drittes Ziel hinzu: der Abzug der Briten.

RÜCKBLICK AUF DEN ZWEITEN WELTKRIEG

Außerhalb Palästinas finden Ereignisse statt, die Auswirkungen auf diese Region haben werden. Parallel zum eigentlichen Krieg begann das Nazi-Regime mit dem Völkermord am jüdischen Volk. Schätzungen zufolge führte der Holocaust zur Vernichtung von fünf bis sechs Millionen Juden und Jüdinnen, was zwei Dritteln ihrer Zahl in Europa und etwa 40% ihrer Zahl weltweit entsprach.



Die zionistische Idee, dass nur ein jüdischer Staat dieses Volk schützen kann, gewinnt wieder an Kraft.

DIE NACHKRIEGSZEIT IN PALÄSTINA: DIE TEILUNG VON 1948

1947 übernahm die Organisation der Vereinten Nationen (UN) - die inzwischen den Völkerbund abgelöst hatte - das Dossier.

Am 29. November 1947 stimmte die Generalversammlung der Vereinten Nationen mit Zweidrittelmehrheit für eine Resolution über die Aufteilung Palästinas. Diese sieht Folgendes vor. Zwei Staaten, ein jüdischer und ein arabischer, werden gegründet. Das vorgeschlagene israelische Gebiet umfasst 55 % des Mandatsgebiets Palästina, das palästinensische Gebiet 45 %. Im ersten würden 498.000 Juden und 407.000 Araber leben; im zweiten 152.000 Juden und 830.000 Araber. Das Gebiet der beiden Staaten umfasst nicht Jerusalem, wo weitere 100.000 Juden neben 105.000 Arabern leben und dessen geplanter Status der einer internationalen Zone ist.

Die Jewish Agency unterstützt den Plan, der von der zionistischen nationalistischen Rechten abgelehnt wird.

Die arabischen Länder stimmen gegen den Plan und verlassen nach der Abstimmung den Abstimmungsraum. Alle palästinensischen politischen Organisationen mit Ausnahme der Kommunistischen Partei lehnen den Plan ab. Obwohl der Haupteinwand die Schaffung eines Staates für "ausländische Siedler" ist, kritisiert die arabische Seite auch auf eher technische Weise den Grenzverlauf. Der Grenzverlauf wurde so festgelegt, dass möglichst viele jüdische Dörfer in den jüdischen Staat einbezogen werden, ohne dass dies umgekehrt der Fall ist. Das israelische Staatsgebiet umfasst 55% des gesamten palästinensischen Territoriums, wobei die Juden damals nur 37% der Bevölkerung ausmachten.

Am 14. Mai 1948 verkündete David Ben Gurion die Unabhängigkeit des Staates Israel.

KONFLIKTE ZWISCHEN STAATEN

Die arabischen Länder haben diese Niederlage nicht verdaut. Die Ausrufung der Unabhängigkeit des Staates Israel wurde zwar von den Vereinten Nationen gebilligt, blieb aber ein Angriff auf die Integrität des



palästinensischen Territoriums, das in ihren Augen vollständig arabisch sein sollte.

Am nächsten Tag griffen die Armeen Ägyptens, Transjordaniens, Syriens und des Irak Israel an, wurden aber schließlich 1949 geschlagen. Von den 900.000 Arabern, die in Palästina lebten, wurden 700.000 von Israel vertrieben oder flohen aus dem Land. Nach dem Ende des Konflikts verweigerte Israel denjenigen, die nach Gaza, ins Westjordanland oder in die Nachbarländer geflohen waren, die Rückkehr. Das ist die Naqba, die Katastrophe. Seit 1949 leben diese Palästinenserinnen und Palästinenser unter schwierigen Bedingungen und warten darauf, wieder nach Hause zu kommen.

Die siegreichen Länder nehmen normalerweise einige Rechte an den besiegten Ländern für sich in Anspruch. Israel behielt 77 % der Gebiete für sich, die der Teilungsplan der Vereinten Nationen dem künftigen arabischen Staat zugesprochen hatte. Insgesamt hält Israel also fast 90 % des Territoriums von Palästina besetzt.

1956 kam es in der Suezkrise (der Versuch der britischen, französischen und israelischen Armee, die Verstaatlichung des Suezkanals durch Ägypten zu verhindern) erneut zu einer Auseinandersetzung zwischen Israel und den arabischen Ländern.

1967 kam es zum Sechs-Tage-Krieg. Israel hatte gewarnt: Israelischen Schiffen die Durchfahrt durch die Straße von Tiran zu verbieten, würde als Kriegserklärung angesehen werden. Ägypten blockierte die Meerenge am 23. Mai 1967. Israel griff an. Sechs Tage später waren die Armeen Ägyptens, Syriens und Jordaniens geschlagen. Israel hatte den Gazastreifen, die Sinai-Halbinsel, die Golanhöhen, das Westjordanland, Ostjerusalem und die Altstadt von Jerusalem beschlagnahmt. Vor allem aber hatte Israel einen bleibenden Eindruck hinterlassen: Dank der Unterstützung der Vereinigten Staaten von Amerika konnte es die furchterregendste Armee in der Region ausrüsten.

Im September legen die arabischen Länder eine gemeinsame Linie fest, die als die "drei Neins" der damaligen israelisch-arabischen Beziehungen bekannt wurde: kein Frieden mit Israel, keine Anerkennung Israels, keine Verhandlungen mit Israel.

Im November 1967 forderte die Resolution 242 der Vereinten Nationen Israel auf, seine Streitkräfte aus den besetzten Gebieten abziehen.



1973 wollen Ägypten und Syrien den Sinai bzw. die Golanhöhen zurückerobern. Ihre Armeen greifen gleichzeitig den Süden und den Norden Israels an. Israel verkraftet den Schlag, sammelt sich dann aber wieder und durchbricht die feindlichen Linien. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen beendete die Feindseligkeiten und Israel behielt den Sinai und die Golanhöhen. Das war der Jom-Kippur-Krieg.

Da die arabischen Länder der Meinung sind, dass sie vom Westen bei ihren Forderungen nicht unterstützt wurden, greifen sie zur Ölwanne. Es ist der erste Ölschock, der die europäische und amerikanische Wirtschaft hart treffen wird.

Das [Camp-David-Abkommen](#) wurde am 17. September 1978 vom ägyptischen Präsidenten Anwar al-Sadat und dem israelischen Premierminister Menachem Begin unter der Vermittlung von US-Präsident Jimmy Carter unterzeichnet. Ihnen folgte die Unterzeichnung des ersten Friedensvertrags zwischen Israel und einem arabischen Land: der israelisch-ägyptische Friedensvertrag von 1979. Das Abkommen von Camp David ermöglichte es Ägypten, den Sinai 1982 nach dem vollständigen Rückzug der israelischen Armee zurückzuerhalten. Im Gegenzug erhielt Israel eine Normalisierung der israelisch-ägyptischen diplomatischen Beziehungen und Garantien für die Bewegungsfreiheit auf den Wasserstraßen des Suezkanals und der Straße von Tiran. Der Rückzug Israels aus dem Sinai wurde 1982 vollzogen.

PALÄSTINENSISCHE BEFREIUNGSORGANISATION

Gehen wir ein paar Jahre zurück.

Am 3. Februar 1969 wird Yasser Arafat zum Vorsitzenden der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) ernannt. 1970 stellte er fest, dass aufgrund der Migrationsbewegungen drei Viertel der Einwohner Jordaniens Palästinenser waren. Er schlug daher vor, das derzeitige Regime zu stürzen und ein palästinensisches Land zu errichten. König Hussein von Jordanien ist dagegen und ermordet Zehntausende von Palästinensern. Yasser Arafat muss in den Libanon fliehen.

1974 verzichtete König Hussein von Jordanien auf alle Ansprüche auf das Westjordanland. Die arabischen Staatsoberhäupter erklären die PLO zur einzigen legitimen Vertreterin aller Palästinenserinnen und Palästinenser. Dies ist (wieder) ein Wendepunkt: Die arabischen Länder werden die



Forderungen der Palästinenser nicht mehr "verteidigen". Sie müssen sich selbst darum kümmern.

1982 marschiert die israelische Armee in den Libanon ein, um die PLO, die sich dorthin geflüchtet hatte, zu vertreiben. Arafat findet in Tunis Unterschlupf.

1987: In Gaza beginnt die erste Intifada, der "Steinkrieg" oder die "Steinrevolte", die von der palästinensischen Bevölkerung gegen die israelische Besatzung und Demütigungen initiiert wurde. Er sollte sieben Jahre dauern. Gegen die Steine und Molotowcocktails der palästinensischen Jugend wehrt sich die israelische Armee mit Gewalt.

1988 erklärte Yasser Arafat die Unabhängigkeit des Staates Palästina und ließ sich vom Palästinensischen Nationalrat zum Präsidenten wählen. Auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen hielt er eine Rede, die einen Wendepunkt darstellte. Durch die Anerkennung der Resolutionen 242 und 338 erkennt er implizit die 1967 festgelegten Grenzen und damit den Staat Israel an. Er verurteilt die terroristische Aktion.

Im August 1993 führten Geheimverhandlungen in Oslo zu einem [Friedensabkommen](#), das im Weißen Haus unter der Schirmherrschaft von Präsident Bill Clinton unterzeichnet wurde. Die ganze Welt erinnert sich an den Handschlag zwischen Jassir Arafat und Yitzhak Rabin. Beide Seiten setzen sich zum Ziel, "insbesondere eine autonome Interimsbehörde, den Gewählten Rat, für die Palästinenser im Westjordanland und im Gazastreifen für eine Übergangszeit von höchstens fünf Jahren einzurichten, um eine dauerhafte Lösung auf der Grundlage der Resolutionen 242 (1967) und 338 (1973) des Sicherheitsrats zu erreichen". Die ganze Welt glaubt wieder an die Möglichkeit eines dauerhaften Friedens zwischen dem Staat Israel und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO).

1994 richten sich Yasser Arafat und die Palästinensische Autonomiebehörde in Gaza ein. Am 4. Mai beginnt mit dem in Kairo bestätigten Abkommen über die Autonomie von Gaza und Jericho die Autonomieperiode. Die israelische Armee zieht sich aus 70% des Gazastreifens und aus Jericho zurück.

4. November 1995: Yitzhak Rabin wird von dem jüdischen Extremisten Yigal Amir ermordet, der ihm die Rückübertragung jüdischen Landes vorwirft. Er wird durch den Labour-Politiker Shimon Peres ersetzt, der sechs Monate später die Macht an Benyamin Netanyahu verlieren wird. Dies ist ein Moment des Umschwungs. Auf israelischer Seite machen Politiker, die offen



für Verhandlungen über die Koexistenz zweier getrennter Staaten - eines israelischen und eines palästinensischen - sind, dauerhaft Platz für andere, kompromisslosere Zionisten, die der Ansicht sind, dass das legitime Territorium Israels das gesamte ehemalige Gebiet Palästinas umfasst.

Gleichzeitig radikalisieren sich die Positionen auch auf palästinensischer Seite. Es gab schon immer bewaffnete Gruppierungen, die sich auf eine Logik des Widerstands beriefen. Einige standen Jassir Arafat nahe, andere waren weiter entfernt. Neu ist das Auftreten der Hamas, deren Kampf nicht mehr nur politisch (Schaffung eines palästinensischen Staates auf dem gesamten Gebiet Palästinas), sondern auch religiös ist.

DER HAMAS

1987 gründen mehrere Muslimbrüder aus Gaza die Hamas. Zunächst hat sie keinen bewaffneten Arm und ist bei Israel gut angesehen. Später ruft die neue Organisation zum Dschihad auf, um einen islamischen Staat zu errichten. Diese islamistische und nationalistische palästinensische Bewegung besteht aus einem politischen und einem bewaffneten Zweig. Die Hamas ist hauptsächlich im Gazastreifen aktiv, den sie seit Juni 2007 allein verwaltet, nachdem sie die Parlamentswahlen 2006 gewonnen und die Palästinensische Autonomiebehörde nach einem kurzen Bürgerkrieg vertrieben hatte.

Einige Länder wie Katar, Algerien, Oman, Malaysia, der Iran und der Sudan unterstützen die Hamas offiziell.

Sie setzt sich für die Zerstörung des Staates Israel und die Errichtung eines islamischen palästinensischen Staates im gesamten Gebiet des ehemaligen Mandatsgebiets Palästina ein. Zu diesem Zweck richten sich seine Aktivisten sowohl gegen das israelische Militär als auch gegen die israelische Zivilbevölkerung.

Zwischen April 1993 und 2005 organisierte die Hamas mehrere Dutzend Selbstmordattentate, die sich hauptsächlich gegen Zivilisten richteten.

Im Januar 2006 gewann die Hamas die palästinensischen Parlamentswahlen. Sie erhielt 74 Sitze, während die Fatah 45 Sitze errang. Es folgte ein Bürgerkrieg, in dessen Verlauf die Fatah das Westjordanland und die Hamas den Gazastreifen verwaltete.



Im April 2006 erklärte er, auf solche Aktionen zu verzichten und stattdessen lieber Raketen und Flugkörper auf israelische Städte in der Nähe des Gazastreifens abzufeuern.

Im Oktober 2023 verübte die Hamas zusammen mit dem Palästinensischen Islamischen Dschihad einen koordinierten Angriff auf Israel, hauptsächlich auf zivile Ortschaften in der Nähe des Gazastreifens, in einem bisher unbekanntem Ausmaß. Die verwendeten Mittel, der koordinierte Charakter des Angriffs, die Geiselnahme und die Zahl der Opfer verleihen dem Angriff ein bisher unbekanntes Ausmaß. Diese Taten erfüllen den Tatbestand von Kriegsverbrechen und möglicherweise von Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

TERRORISMUS?

Ist die Hamas eine "terroristische" Gruppe?

Die Beantwortung dieser Frage ist schwierig, wenn es keine gemeinsame Definition dieses Wortes gibt. Ist diese Situation "gerecht"? Ist diese Person "gut" oder "schlecht"? Wenn wir diese Wörter anders definieren als andere, werden wir uns nie einigen können und die Diskussion wird unfruchtbar sein. Umgekehrt werden beispielsweise die Begriffe "Völkermord", "Verbrechen gegen die Menschlichkeit", "Apartheid" und "Kriegsverbrechen" in internationalen Übereinkommen wie dem [Römischen Statut \(Römisches Statut des Internationalen Strafgerichtshofs\)](#) definiert (siehe Artikel 7, 7, 7 bzw. 8). In diesem Fall hat man einen gemeinsamen Bezugspunkt; man spricht die gleiche Sprache.

Einige Länder, die sich jeweils auf eine eigene Definition stützen, haben erklärt, dass die Hamas eine terroristische Vereinigung ist. Andere Länder, die sich auf andere Definitionen stützen, behaupten, dass dies nicht der Fall ist.

Internationale Organisationen wie Amnesty International stützen sich bei ihrer Beurteilung auf das Völkerrecht. Da das Völkerrecht den Begriff "Terrorismus" nicht definiert, verwenden sie ihn nicht.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Grausamkeit der begangenen Taten vernachlässigt wird. Die Einstufung als Kriegsverbrechen ist an sich schon eine der schlimmsten und schändlichsten, die man sich vorstellen kann.



Auf beiden Seiten haben Gruppen und Einzelpersonen, die den Friedensprozess ablehnen, ihre Freude. Israelische Extremisten wie Baruch Goldstein richten Palästinenser hin.

Israel zog sich Ende 1995 aus mehreren Städten im Westjordanland zurück, setzte jedoch die Errichtung neuer Siedlungen fort.

1998 unterzeichneten Netanyahu und Arafat ein Abkommen über den israelischen Rückzug aus 13% des Westjordanlandes. Am 14. Dezember werden die Artikel in der palästinensischen Charta, die zur Zerstörung Israels aufrufen, gestrichen.

Zu diesem Zeitpunkt hatte Ägypten den Sinai und die Palästinensische Autonomiebehörde den Gazastreifen und das Westjordanland von den nach dem Sechs-Tage-Krieg von 1967 eroberten Gebieten zurückerhalten. Israel kontrolliert noch immer die Golanhöhen und Ostjerusalem.

Im September 2000 wurde eine zweite Intifada ausgelöst, die sich schnell zu einem Krieg entwickelte. Laut Imad Al Faluji, dem palästinensischen Kommunikationsminister (Mai 1996 - Oktober 2002), wurde die zweite Intifada von dreizehn palästinensischen Gruppierungen seit dem Ende des Camp David II-Gipfels im Juli 2000 geplant. Ariel Sharons Besuch auf der Moschee-Esplanade (auch Tempelberg genannt) wurde von den Palästinensern als Provokation empfunden und war der Funke, der am nächsten Tag den Beginn der Intifada auslöste.

DIE TRENNBARRIERE

Bereits in den 1990er Jahren vertraten mehrere hochrangige israelische Politiker die Idee einer physischen Trennung von den Palästinensern, um eine Zunahme der Gewalt gegen Zivilisten zu verhindern und den palästinensischen Terrorismus einzudämmen. Sie wird ab 2002 während der zweiten Intifada nach dem Tod von 800 israelischen Zivilisten bei Terroranschlägen verwirklicht. Israel begann mit dem Bau der sogenannten "Trennungsmauer", um, wie die israelische Regierung erklärte, "seine Bürger zu schützen". Sie folgt in etwa den Umrissen der "Grünen Linie", d. h. der Trennung zwischen Israel und dem Westjordanland. Israel baut eine solche Barriere auch zum Schutz einiger seiner Siedlungen im Westjordanland und setzt sich damit dem Vorwurf aus, sich das Land dauerhaft aneignen zu wollen.



Die Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedete am 21. Oktober 2003 eine Resolution, in der sie den Bau einer "Mauer", die in das "besetzte palästinensische Gebiet" hineinragt, verurteilte. Der Internationale Gerichtshof teilte in seinem Gutachten vom 9. Juli 2004 mit, dass der Bau der Mauer gegen das Völkerrecht verstößt. Seitdem hat Israel den Verlauf der Mauer angepasst.

Auf ihrem größten Teil ist sie 50 m breit und umfasst: einen pyramidenförmigen Stapel von 6 Stacheldrahtspulen und einen Graben auf der westjordanischen Seite, einen zentralen Zaun mit elektronischen Detektoren, Stacheldraht auf der israelischen Seite, Straßen für Militärpatrouillen auf beiden Seiten des zentralen Zauns und einen Sandweg, um die Spuren möglicher Übergriffe zu identifizieren. An einigen Stellen, vor allem in den Städten, handelt es sich um eine 8 m hohe Betonwand.

Während die israelischen Behörden ihn als "Israels Antiterrorzaun" bezeichnen, nennen die Gegner das Bauwerk "Mauer der Schande", "Annexionsmauer" oder sogar "Rassentrennmauer" (jidar al-fasl al-'unsuri).

Die Palästinensische Autonomiebehörde (Palästinensische Autonomiebehörde, PASO) hat die Palästinensische Autonomiebehörde (Palästinensische Autonomiebehörde, PASO) mit einer Reihe von Sanktionen belegt. Die Maßnahme stellt einen schweren Eingriff in die Bewegungsfreiheit der Palästinenser dar (mit der Folge, dass der freie Zugang zu Gesundheitsdiensten, insbesondere für Kinder, nicht mehr möglich ist, ein Teil der palästinensischen Wirtschaft zerstört wird, Familien geteilt werden und der freie Zugang zu den heiligen Stätten sowohl für Muslime als auch für Christen im Westjordanland behindert wird). Andererseits demonstrierten die israelischen Behörden bis zu den Massakern im Oktober 2023 ihre Wirkung auf den Rückgang der Zahl der Anschläge. Sie hat auf jeden Fall dazu beigetragen, das Sicherheitsgefühl der Israelis zu fördern.

30. April 2003: Die Roadmap for Peace wird veröffentlicht, ein von den USA, Russland, der EU und den Vereinten Nationen ausgearbeiteter Stufenplan, der zur Gründung eines palästinensischen Staates führen soll. Die Palästinenser/innen akzeptieren ihn sofort, Israel nimmt ihn im Mai an, allerdings mit Vorbehalten in Bezug auf die Sicherheit seiner Grenzen und Terroranschläge.



9. Januar 2005: Mahmoud Abbas wird zum Vorsitzenden der Palästinensischen Autonomiebehörde gewählt.

8. Februar 2005: Gipfeltreffen in Sharm el-Sheikh mit Ariel Sharon und Mahmoud Abbas, in dessen Folge sich Israel aus dem Gazastreifen zurückzieht und die jüdischen Siedlungen auflöst. Die Evakuierung von 8000 Siedlern nach Israel durch die israelische Armee führt zu einer Spaltung der Bevölkerung zwischen den Befürwortern des Rückzugs, die den Dialog mit den Palästinensern befürworten, und den Gegnern des Rückzugs, die die Fortsetzung des Siedlungsbaus befürworten.

12. September 2005: Die letzten israelischen Soldaten verlassen nach 38 Jahren Besatzung den Gazastreifen. Der Rückzug aus Gaza, die Auflösung mehrerer Siedlungen im Westjordanland und der Bau der Sicherheitsbarriere (aus palästinensischer Sicht die "Apartheidmauer") sind Vorboten eines zukünftigen palästinensischen Staates und geben den Israelis die Gewissheit, dass ihre Grenzen sicher sind.

Ende 2005, Anfang 2006 erlitt der israelische Premierminister Ariel Sharon, der Hauptakteur des israelischen Abzugsplans aus dem Gazastreifen, zwei aufeinanderfolgende Schlaganfälle und fiel in ein tiefes Koma, von dem er sich nicht mehr erholte.

Die palästinensischen Parlamentswahlen im Januar 2006 brachten einen Sieg der Hamas. Die Hamas erhält 74 der 132 Sitze im palästinensischen Parlament. Die USA beschließen, ihre finanziellen Zahlungen an die palästinensische Regierung einzustellen, solange die Hamas Israel nicht anerkennt und ihre Pläne zur vollständigen Zerstörung des jüdischen Staates nicht aufgibt. Israel friert seinerseits die der Palästinensischen Autonomiebehörde geschuldeten Gelder ein, um zu verhindern, dass sie an terroristische Elemente gelangen.

Am 25. Juni 2006 greifen palästinensische Kämpfer/innen einen bewaffneten Posten der IDF an der Südgrenze Israels an. Zwei israelische Soldaten werden getötet, drei weitere verletzt und einer von ihnen entführt, um die Freilassung von in Israel eingesperrten palästinensischen Gefangenen zu erwirken. Drei Tage später startet Israel die Operation Sommerregen, offiziell mit dem Ziel, den von dem palästinensischen Kommando gefangen genommenen Soldaten zurückzuholen. Es geht auch darum, den ständigen Raketenbeschuss aus Gaza auf den Süden Israels zu beenden und Druck auf die Hamas-Regierung auszuüben, die diese Angriffe billigt. Es ist das erste Mal seit neun Monaten, dass die israelische Armee seit dem im September 2005 abgeschlossenen einseitigen Abzugsplan



wieder in dieses Gebiet der Palästinensischen Autonomiebehörde eindringt. In den ersten Tagen der Operation wurden entgegen den Genfer Konventionen das einzige Kraftwerk in Gaza und drei Brücken zerstört und mehrere Parlamentarier und Minister, die der Hamas angehörten, verhaftet.

Im Jahr 2011 tritt Palästina der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) bei. Am 29. November 2012 trat der Staat Palästina den Vereinten Nationen (UN) als beobachtender Nicht-Mitgliedsstaat bei. Im Jahr 2017 wird der Staat Palästina von 136 Staaten anerkannt (70,5 % der 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen).

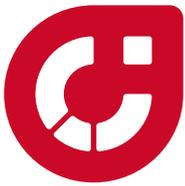
DAS VÖLKERRECHT

Ein Staat kann nicht tun, was er will. Er muss die Verpflichtungen einhalten, die er gegenüber anderen Staaten und/oder der internationalen Gemeinschaft im Rahmen von Verträgen und Übereinkommen oder allein durch seine Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen eingegangen ist. Das Völkerrecht ist die Gesamtheit der Regeln und Rechtsgrundsätze, die die Beziehungen zwischen souveränen Staaten und anderen internationalen Gebilden regeln und darauf abzielen, Frieden, Zusammenarbeit und die gegenseitige Achtung von Rechten und Pflichten zu fördern. Zu diesen Regeln gehören auch die Menschenrechte.

Es kann zwischen Menschenrechten in Friedenszeiten und Menschenrechten in Kriegszeiten unterschieden werden.

IN ZEITEN DES "FRIEDENS"

"In den letzten fünfzig Jahren hat der Sicherheitsrat mehr als dreißig Resolutionen verabschiedet, in denen Israel und seine Besetzung kritisiert wurden; die Generalversammlung und der Menschenrechtsrat Hunderte von weiteren Resolutionen. Keine dieser zahllosen Resolutionen wurde befolgt, und Israel wurde nichts auferlegt, um sich an die regelbasierte internationale Ordnung anzupassen", sagte Michael Lynk, Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für die Menschenrechtssituation in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten, im März 2022. Er fügte unter Bezugnahme auf die rechtliche Definition des Wortes "Apartheid" (institutionalisiertes Regime systematischer rassistischer Unterdrückung und Diskriminierung, ein System ausländischer Regeln, das mit der Absicht errichtet wurde, die Vorherrschaft einer ethnisch-national-rassistischen Gruppe über eine andere



aufrechtzuerhalten, und ein System institutionalisierter Diskriminierung mit dem Ziel einer dauerhaften Vorherrschaft, das auf der regelmäßigen Ausübung unmenschlicher Handlungen aufbaut) hinzu; dass "das in den besetzten palästinensischen Gebieten angewandte politische System den Beweisstandard für die Existenz von Apartheid erfüllt. Es ist Apartheid". Amnesty International hat einen wichtigen [Bericht](#) zu dieser Frage des Apartheidverbrechens veröffentlicht.

Zu beachten ist, dass die von den israelischen Behörden über den Gazastreifen verhängte Blockade ebenfalls gegen das Völkerrecht verstößt.

Die Hamas ist kein von der internationalen Gemeinschaft anerkannter Staat. Sie ist daher nicht an die Verpflichtungen eines Staates gebunden. Dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass ihre Mitglieder, die Anschläge verüben, persönlich Kriminelle sind und dafür verfolgt und verurteilt werden müssen.

Auch wenn sie im Gazastreifen keine Fakten mehr kontrolliert, ist die Palästinensische Autonomiebehörde die offizielle Regierung des Westjordanlandes und des Gazastreifens. In Wirklichkeit ist es komplizierter als das, da einige Länder, darunter Israel, die Existenz des Staates Palästina noch nicht anerkennen. Sind die Verpflichtungen von Staaten für ein Gebilde, das kein Staat ist, bindend? Diese technische Frage soll hier nicht vertieft werden. Es muss festgestellt werden, dass Palästina Mitglied der Vereinten Nationen ist und von der großen Mehrheit der anderen Staaten als Staat anerkannt wird. Daher ist es offiziell dafür verantwortlich, in seinem Hoheitsgebiet für Recht und Ordnung zu sorgen und Maßnahmen zu ergreifen, um jeden (z. B. die Hamas) davon abzuhalten, Anschläge in Israel zu verüben. Die Tatsache, dass die Palästinensische Autonomiebehörde mit der Situation völlig überfordert zu sein scheint, ändert nichts an ihrer Verantwortung.

IN KRIEGSZEITEN

Im Falle eines bewaffneten Konflikts gibt es besondere Regeln. Das ist das humanitäre Völkerrecht, das manchmal auch als Kriegsrecht bezeichnet wird. Es soll alle Menschen schützen, die nicht an Kampfhandlungen teilnehmen und von diesen nicht betroffen sind - oder sein sollten. Insbesondere soll sichergestellt werden, dass die Zivilbevölkerung nicht (oder so wenig wie möglich) in Mitleidenschaft gezogen wird.



Was die Hamas betrifft, so verbietet das humanitäre Völkerrecht ausdrücklich Angriffe auf Zivilisten sowie Geiselnahmen. Dies sind Kriegsverbrechen. Das humanitäre Völkerrecht verbietet es den Kriegführenden auch, sich mitten in oder hinter der Zivilbevölkerung zu verstecken. Israel behauptet, dass dies der Fall ist, dass sich Hamas-Mitglieder im Untergrund verstecken, während sich die Zivilbevölkerung an der Oberfläche befindet. Die Hamas hat diese Informationen nicht dementiert. Sollten sie sich bewahrheiten, würde dies ebenfalls Kriegsverbrechen darstellen.

In Bezug auf Israel verbietet das humanitäre Völkerrecht ausdrücklich Angriffe auf Zivilisten, die Verhinderung der Flucht von Zivilisten aus einem Kriegsgebiet, das absichtliche Aushungern von Zivilisten als Kriegsmethode, indem ihnen lebensnotwendige Güter vorenthalten werden, das absichtliche Richten von Angriffen auf Gebäude, die der Religion, dem Unterricht, der Kunst, der Wissenschaft oder der Wohltätigkeit gewidmet sind, auf historische Denkmäler, Krankenhäuser und Orte, an denen Kranke oder Verletzte versammelt sind, sofern diese keine militärischen Ziele sind. Sollten sich die Taten als wahr erweisen, würden sie Kriegsverbrechen darstellen.

Die Tatsache, dass eine Partei als erste angegriffen wurde, verleiht ihr keine zusätzlichen Rechte. Ob Angreifer oder Angreiferin, die Bestimmungen des humanitären Völkerrechts müssen in gleicher Weise eingehalten werden.

Wir haben weiter oben präzisiert "Wenn die Tatsachen erwiesen sind". Das ist wichtig. Gerechtigkeit kann nur in einem fairen Verfahren erreicht werden, in dem die Fakten ordnungsgemäß ermittelt werden und die verschiedenen Parteien die Möglichkeit haben, ihre Standpunkte darzulegen. Nur dann kann festgestellt werden, ob es Kriegsverbrechen gegeben hat oder nicht.

Was ist mit dem Verbrechen des Völkermords? Im Gesetz (UN-Konvention „Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes“) ist das Verbrechen des Völkermords klar definiert: "Das Verbrechen des Völkermords ist jede der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen werden, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören: (i) Tötung von Mitgliedern der Gruppe; (ii) schwerer Angriff auf die körperliche oder geistige Unversehrtheit von Mitgliedern der Gruppe; (iii) absichtliche Unterwerfung der Gruppe unter Lebensbedingungen, die zu ihrer



vollständigen oder teilweisen physischen Zerstörung führen sollen; (iv) Maßnahmen zur Verhinderung von Geburten innerhalb der Gruppe; (v) erzwungene Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe. " Die Hamas macht keinen Hehl daraus, dass sie das Ende des Staates Israel wünscht, aber sie verkündet nicht ihren Wunsch, Israelis oder Juden auszulöschen. Ebenso verkündet Israel seinen Wunsch, die Hamas auszurotten, um seine Sicherheit zu gewährleisten, aber die Hamas ist weder eine nationale Gruppe noch eine ethnische Gruppe, eine rassische Gruppe oder eine religiöse Gruppe. Die Absicht, eine Institution (einen Staat oder eine bewaffnete Gruppe) zu zerstören, reicht nicht aus. Um von Völkermord sprechen zu können, muss die klare Absicht bestehen, eine Kategorie von Menschen zu eliminieren. Es ist Sache der Justiz, zu entscheiden, ob insbesondere bestimmte Aussagen in diesem Sinne ausgelegt werden können.

WIE BESTRAFT MAN?

Wenn eine Person in Belgien einen Mord begeht, führen kompetente Personen eine Untersuchung durch und identifizieren eine verdächtige Person. Wenn es genügend Hinweise darauf gibt, dass diese verdächtige Person schuldig ist, wird ein Richter/eine Richterin Anklage erheben und ein faires Verfahren durchführen. In diesem Prozess hören die Richter die Ermittlungsbeamten, Zeugen, Experten und die verschiedenen Prozessparteien an. Auf dieser Grundlage fällen sie ein Unschulds- oder Schuldurteil und legen im letzteren Fall ein Strafmaß fest. Anschließend sorgen Personen dafür, dass die Strafe ordnungsgemäß vollstreckt wird.

Es gibt keinen vergleichbaren Mechanismus im Völkerrecht, um die Führer der Hamas und Israels von Verstößen gegen das Völkerrecht abzuhalten oder sie zu bestrafen und ihre Strafe zu verbüßen.

Die einzige Ausnahme ist der Internationale Strafgerichtshof, aber (i) er betrifft nur fehlbare Personen, nicht Staaten; (ii) er betrifft nur bestimmte besonders schwere Taten (Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Aggression) und (iii) er kann nur in bestimmten Fällen tätig werden. Israel erkennt die Autorität des Internationalen Strafgerichtshofs nicht an, der Staat Palästina jedoch schon. Der Internationale Strafgerichtshof könnte sich daher mit Taten befassen, die von Personen mit palästinensischer Staatsangehörigkeit begangen wurden, sowie mit Taten, die auf palästinensischem Gebiet von



Personen anderer Staatsangehörigkeit begangen wurden - wenn diese Personen festgenommen werden können.

Das ist ein sehr langwieriger Prozess...

DER STAND DER DINGE (AM 30. OKTOBER 2023) - VEREINFACHTE ZUSAMMENFASSUNG

Palästina ist ein Gebiet, in dem eine große Mehrheit von Arabern mit wechselnden Minderheiten von Juden und Christen mehr oder weniger harmonisch zusammenlebte.

Der Antisemitismus, der seit dem Ende des 19. Jahrhunderts in Europa herrschte, führte zu mehreren Einwanderungswellen verfolgter Juden und Jüdinnen. Unter diesen Umständen entstand der Zionismus, die Idee, dass Juden und Jüdinnen nur dann sicher sein können, wenn sie in einem Gebiet leben können, das sie selbst regieren. Der Nationalsozialismus verstärkte den Migrationsdruck noch weiter.

Nach dem Zweiten Weltkrieg ist das Problem schwierig. 1. Die Zahl der Juden, die in Palästina leben, ist stark angestiegen. 2. sie wollen ihren eigenen Staat verwalten. 3. Die Araber sagen, dass Palästina ihr Land ist und dass es keinen Grund gibt, warum die Neuankömmlinge sie von dort vertreiben sollten.

Die Vereinten Nationen entscheiden 1948 und gründen zwei getrennte Staaten, einen für die Juden und einen für die Araber. Die Grenze wurde mit einem grünen Stift auf der Landkarte markiert und Jerusalem soll von einer internationalen Einrichtung verwaltet werden. Die Juden sind damit einverstanden, die arabischen Länder nicht. Die Juden erklären also die Unabhängigkeit des Staates Israel. Die arabischen Länder führen sofort einen Krieg gegen Israel, den sie verlieren. Israel beansprucht daraufhin das gesamte Gebiet Palästinas (sein eigenes und das ursprünglich für einen arabischen Staat vorgesehene Gebiet) für sich. Es folgen mehrere bewaffnete Konflikte zwischen Israel und den arabischen Ländern.

Vor Ort töten Palästinenser/innen regelmäßig Israelis, die daraufhin Vergeltungsmaßnahmen ergreifen. Manchmal beruhigt sich die Lage, manchmal eskaliert sie. Auch im Westjordanland und im Gazastreifen werden israelische Siedlungen errichtet. Die Palästinenser/innen sehen



darin eine fortschreitende und dauerhafte Aneignung dieses Landes durch Israel.

1978 leitete das Camp-David-Abkommen eine neue Ära ein: Es wurde verhandelt (und Israel gab Gebiete zurück). Die Infragestellung Israels bekommt Risse. Die Palästinensische Befreiungsorganisation gewinnt an Bedeutung und wird zum bevorzugten Gesprächspartner. Die arabischen Staaten ziehen sich aus diesem Kampf zurück.

1993 sieht das Osloer Abkommen zwischen Israel und der PLO vor, dass eine palästinensische Behörde den Gazastreifen und das Westjordanland verwalten wird. Viele Fragen und Details müssen noch geklärt werden, aber man denkt, dass es nun soweit ist, dass ein Friedensprozess in Gang gesetzt wird.

Nur dass in Israel Zionisten verkünden, dass das natürliche Territorium Israels in Wirklichkeit das gesamte Westjordanland bis zum Jordan umfasst. Keine Chance, sich davon zu trennen. Und diese Leute gewinnen, nachdem sie 1995 Yitzhak Rabin ermordet haben, die Wahlen. Anstatt sich aus dem Westjordanland zurückzuziehen, wird der Siedlungsbau intensiviert.

Nur dass auf der palästinensischen Seite Arafats versöhnliche Tendenz von einer radikalen islamistischen Bewegung überrollt wird, die die Ausrottung Israels anstrebt. Die islamistische Hamas, die Israel den Untergang geschworen hat, gewinnt die Wahlen und kontrolliert seit 2007 den Gazastreifen.

Es gibt also einen palästinensischen Staat, der von einem Großteil der internationalen Gemeinschaft, aber nicht von allen, anerkannt wird und der für zwei Gebiete verantwortlich ist: das eingezäunte Westjordanland, in dem Israel weiterhin Siedlungen errichtet und manchmal die dort lebenden Araber verjagt, und Gaza, über das es die Kontrolle an die Hamas verloren hat.

Die Hamas betätigt zwei Hebel: Anschläge und den Abschuss von Raketen, die von Gaza aus nach Israel abgefeuert werden. Beide Praktiken werden vom internationalen Recht verurteilt.

Israel setzt zwei Hebel an: den Schutz seiner Bevölkerung (insbesondere durch die Errichtung einer Trennungsmauer und strenge Kontrollen) und die Unterdrückung (oder sogar Vergeltung). Beide Maßnahmen werden von einigen als unverhältnismäßig angesehen, da sie der palästinensischen Bevölkerung Schaden zufügen, der ihrer Meinung nach



die Grundrechte der Palästinenser zu stark beeinträchtigt, im Vergleich zu den Sicherheitsgewinnen, die sich für die Israelis ergeben.

Die Spannungen in dieser Region ließen nicht erkennen, wo und wie ein Friedensprozess Chancen auf Entwicklung haben würde.

Im Oktober 2023 verstärkte die Hamas ihren Horror noch weiter, indem sie zahlreiche Zivilisten massakrierte und Geiseln nahm. Die Reaktion Israels, das von Zivilisten besetzte Gebiete, darunter auch Krankenhäuser, bombardierte und die Wasser-, Lebensmittel- und Stromversorgung unterbrach, bestätigt, dass beide Seiten die Menschenrechte der Bevölkerung noch weiter missachteten.